

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2022

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

Haushaltsplanung ist vor allem Zukunftsplanung. Deshalb ist zu klären, was haben wir in der Zukunft vor und was müssen wir tun, um die Zukunft zu bewältigen. Viele Zukunftsthemen sind ja bereits beschlossen und werden umgesetzt, wie Neubau und Modernisierung der Kliniken, der Ausbau des ÖPNVs oder die Förderung der Digitalisierung. Andere Themen stehen in den Startlöchern wie die Sanierung der Schulen oder auch die Umsetzung der Klimaschutzkonzepte.

Wie können wir das finanziell stemmen? Wir werden nicht umhin kommen uns zu fragen, was **müssen** wir leisten und was **können** wir uns leisten. Dazu sind die Kennzahlen im Haushalt ein wichtiges Hilfsmittel.

Zu den Einnahmen. Hier muss man feststellen, dass fast ausschließlich die Festlegung der Kreisumlage von uns beeinflussbar ist. Dazu komme ich aber später.

Auf der Ausgabenseite können wir auch nicht alles beeinflussen, aber doch sehr viel mehr.

Der größte Ausgabenblock sind die Aufwendungen für Jugend und Soziales. Auf diesen Bereich haben wir nur wenig Einfluss, da die Vorgaben von Bund und Land kommen. Es kann aber nicht sein, dass die Aufwendungen durch mehr Bürokratie deutlich zunehmen, die Leistungsempfänger davon nichts haben und der Landkreis das mit deutlich mehr Personal finanzieren muss. Wir sehen das sehr kritisch und fordern die kommunalen Spitzenverbände auf, ihre Mitglieder in der Forderung nach dem Konnexitätsprinzip zu unterstützen.

Ein weiterer großer Ausgabenblock sind die Ausgaben für den ÖPNV, mit ca. 45 Mio. circa doppelt so viel wie das Klinikdefizit.

Ein starker ÖPNV ist aus Klimaschutzgründen richtig und das wird von uns auch unterstützt. Dennoch ist es kein Fehler, manches Angebot genauer zu betrachten. Das ÖPNV-Angebot ist wie im Haushaltsplan beschrieben **bedarfsgerecht** weiterzuentwickeln. Immerhin ist die CO₂-Emission eines Busses ca. 10-fach höher als die eines Pkws, deshalb ist bedarfsgerecht wichtig. Diese Betrachtung gilt auch für Tarifzuschüsse, die eine Reduzierung des Fahrzeugverkehrs zum Ziel haben. Eine klimagerechte Tarifstruktur muss Fahrgäste gewinnen, aber vor allem Kfz-Fahrten reduzieren.

Auch 2022 werden im Busverkehr Coronahilfen benötigt. Für den Rettungsschirm ist zwar das Land zuständig, um aber keine Insolvenzen befürchten zu müssen, muss die Landkreisverwaltung frühzeitig eingreifen.

Ein Mobilitätspass, wie derzeit im Gespräch, sehen wir sehr kritisch. Die Erfahrung zeigt, dass derartige Abgaben nur teilweise und langfristig oftmals gar nicht mehr zweckgebunden verwendet werden. Es bleibt zum Schluss nichts anderes übrig als eine Steuerhöhung.

Wie konnte es passieren, dass die Fahrzeuge der Schönbuchbahn keine Zulassung erhalten haben? Offenbar wurden die Bremsen für ein Stadtbahnfahrzeug dimensioniert. Die Betriebsweise war aber schon immer auf ein Eisenbahnfahrzeug und nicht auf eine Stadtbahn ausgelegt. Was stand eigentlich im Pflichtenheft bei der Ausschreibung und Vergabe?

Die S62, die im September 22 in Betrieb gehen soll, bietet für den Landkreis leider nur ein eingeschränktes Angebot, da sie nur an 2 von insgesamt 7 Bahnhöfen im Landkreis hält und nicht mal bis Stuttgart fährt.

Für die Anbindung der Gäubahn an den Tiefbahnhof S21 gibt es mittlerweile verschiedene Varianten. Gleichgültig welche Variante, für den Landkreis ist auch künftig ein Halt der Fernzüge in Böblingen unverzichtbar. Auch darf das Ende der Gäubahnstrecke nicht über Jahre oder gar Jahrzehnte hinaus in Stuttgart-Vaihingen sein.

Der Radverkehr ist eine klimaschonende Fortbewegung. Ihn zu fördern ist richtig, zumal die Förderung zwar Investitionen kostet, die betrieblichen Kosten jedoch überschaubar sind. Zusätzlich zur Radschnellverbindung Herrenberg – Stuttgart wünschen wir uns eine Planung der Radschnellverbindung Weil der Stadt - Stuttgart über den Abschnitt Renningen – Malsheim hinaus sowie für die Querverbindung Böblingen – Magstadt – Renningen.

Um Konflikte zwischen landwirtschaftlichem und Kfz-Verkehr gering zu halten, sollten die Haupttrouten im landwirtschaftlichen Wegenetz an die heutigen Erfordernisse angepasst werden. Dies betrifft vor allem die zu schmale Brücken.

Elektrofahrzeuge benötigen Ladeeinrichtungen. Es ist aber keine kommunale Aufgabe derartige Infrastruktureinrichtungen einzurichten und gar zu betreiben. Wir sehen hier die Energieunternehmen und Automobilindustrie gefordert.

Für eine zukunftsfähige und bürgernahe Gesundheitsfürsorge sind die Baumaßnahmen auf dem Flugfeld mit Klinik und Hochpunkt sowie die Modernisierungen in Herrenberg und Leonberg wichtig. Wir hoffen, dass die Kosten auf dem Flugfeld nicht aus dem Ruder laufen. Für Leonberg wünschen wir uns die Entwicklung eines Gesundheitscampus ähnlich wie in Herrenberg, jedoch unter Einbeziehung des Hubschrauberstandortes.

Das Defizit des Klinikverbundes steigt bedrohlich, Corona hat daran einen nicht unerheblichen Anteil. Dennoch, diese Entwicklung muss auch in Zukunft genau beobachtet werden. Nach Inbetriebnahme des Flugfeldklinikums zeichnet sich zwar eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses ab, dennoch lauern beträchtliche Risiken aufgrund grober Annahmen.

Die Irritationen in der Geschäftsführung erfordern aus unserer Sicht eine Neuausrichtung der Klinikstruktur, wenn es zielführend ist, können wir uns auch eine Konzentration auf die Kliniken des Landkreises vorstellen. Fusionsverhandlungen tragen wir mit, sie sind aber zeitlich zu begrenzen.

Zur Gesundheitsfürsorge gehört ja auch der Umgang mit der Pandemie. Hier ist manches unerträglich. Unerträglich ist das unsoziale Verhalten der jetzt immer noch Ungeimpften, unerträglich ist die späte Reaktion der Politik auf die Entwicklung der Pandemie insbesondere in Berlin, unerträglich sind die viel zu wenigen Impfstationen obwohl genug Impfstoff zur Verfügung steht und Impfwilligkeit vorhanden ist. Andere Länder, die wir oftmals belächelt haben, machen uns vor wie man auf die Herausforderung antwortet. Sehr geehrter Herr Landrat, wir bedanken uns bei den Beschäftigten in den Kliniken aber auch bei Ihnen für Ihr Engagement bei der Pandemiebekämpfung und bitten Sie, auch in Zukunft der Bewältigung der Pandemie einen sehr hohen Stellenwert beizumessen.

Die Digitalisierung ist zweifellos eine wichtige Aufgabe für den Landkreis. Und mit Unterstützung des Hermann-Hollerith-Zentrums, des Zentrums für Digitalisierung und des Zentrums für Künstliche Intelligenz fördert der Landkreis wichtige Bereiche. Das unterstützen wir, wollen aber anregen mit den Unternehmen das Gespräch zu suchen, um eine Stiftungsprofessur finanziert zu bekommen.

Wichtig halten wir, dass die Digitalisierung der Verwaltung schnell voranschreitet. Dazu wollen wir eine Aufstellung der Verwaltung, inwieweit die Digitalisierung schon Einzug in die Verwaltung gefunden hat.

Auf der Einnahmenseite steht zuvorderst die Kreisumlage. Selbstverständlich verstehen wir den Wunsch vieler Kommunen die Kreisumlage niedrig zu halten und die neueste Steuerschätzung scheint auch die Chance zu bieten die Umlage zu senken. Ein Blick in die Schuldenentwicklung zeigt aber die Belastungen, die auf den Kreishaushalt künftig zukommen. Dabei profitiert der Landkreis von derzeit äußerst günstigen Zinsen und einer Aussetzung der Tilgung. Die Einsparung, die durch diese Umstände erzielt werden, würde jeder vernünftige Kaufmann durch Sondertilgung seiner Schulden verwenden. Was ist, wenn die Zinsen steigen und die Tilgungsraten zunehmen? Das Problem einfach in die Zukunft zu verschieben, ist keine Lösung. Deshalb stimmen wir für eine Kreisumlage wie vorgeschlagen von 29,9%.

Wir bedanken uns bei allen Beschäftigten der Verwaltung, die wichtige Aufgaben in unserem Landkreis erfüllen. Unser ausdrücklicher Dank geht an jene, die mit der Haushaltserstellung direkt befasst waren, uns unterstützt und trotz Pandemie den Weg zu uns gefunden haben. Desweiteren bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die konstruktive Zusammenarbeit und freuen uns auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit. Vielen Dank.

Prof. Dr. Dieter Maurmaier
Fraktionsvorsitzender FDP-Fraktion